



Schlagabtausch zu «No Billag»: SVP-Nationalrätin Natalie Rickli und Ex-SRF-Chefredaktor Diego Yanez im NZZ-Redaktionsgebäude in Zürich.

# «Das ist schlicht abenteuerlich» – «Und was Sie sagen, macht mir Angst!»

*Brauchen die Schweizer Medien mehr staatliche Unterstützung oder gar keine? Können private Sender die Angebote der SRG ersetzen? Und wo soll die SRG sparen? SVP-Nationalrätin Natalie Rickli streitet mit dem ehemaligen SRF-Chefredaktor Diego Yanez über die wichtigsten Fragen rund um die No-Billag-Initiative.*

*Frau Rickli und Herr Yanez, Sie sind seit Wochen unterwegs, um über die No-Billag-Initiative zu streiten. Welche Behauptung Ihrer Gegner nervt Sie am meisten?*

**Rickli:** Dass gesagt wird, ohne SRG gebe es keine Demokratie mehr. Die Schweiz hat es schon vor der SRG gegeben, die Demokratie auch. Die Aussage ist auch ein Affront gegenüber allen Leuten, die sich vor Abstimmungen nicht im Fernsehen oder Radio, sondern in Zeitungen und im Internet informieren. Eine Bekannte, die sich hauptsächlich in Zeitungen informiert, hat mir neulich gesagt: «Soll ich nun also nach Ansicht der No-Billag-Gegner nicht in der Lage sein abzustimmen?»

**Yanez:** Mich stört die Unehrllichkeit der Initianten: Sie wollen die SRG und die meisten der 34 Radio- und Fernsehstationen mit Gebührenanteil in der Schweiz zerstören. Jetzt versuchen sie jedoch plötzlich, das mit einem merkwürdigen Plan B zu verwedeln, der weder Hand noch Fuss hat. Man kann die SRG zerschlagen wollen, genauso wie man vorschlagen kann, die Armee abzuschaffen oder den Bauern die Subventionen zu streichen. Aber dann soll man auch dazu stehen.

*Bleiben wir gleich bei diesem Plan B. Die Befürworter der No-Billag-Initiative sagen, die SRG könne auch ohne Gebühren von Bürgern und Firmen überleben, die sich derzeit auf 1,2 Milliarden Franken belaufen. Zunächst sollte das nur mit Werbeeinnahmen und über Bezahlmodelle geschehen, jetzt ist auch von Beiträgen des Bundes und der Kantone die Rede, die bis zu 300 Millionen Franken betragen sollen.*

**Yanez:** Die Initianten verwässern ihre eigene Vorlage, bevor wir überhaupt abgestimmt haben. Das hat es wohl noch nie gegeben. Was die Bezahlmodelle angeht, sieht man bereits heute, was das für die Konsumenten heisst. Wenn man etwa Sportangebote über Bezahlmodelle und Netflix nutzt, zahlt man viel mehr als die Gebühren von künftig 365 Franken pro Jahr. Man bezahlt mehr für weniger. Die Initianten behaupten zudem, die Werbeerträge könnten vergrössert werden. Das ist absolut unrealistisch: Die Einnahmen der SRG sind bereits heute rückläufig, das wird sich nicht ändern. Und wie man

mit einem Bonsai-Programm mehr Werbeeinnahmen generieren soll, ist mir total schleierhaft.

*Frau Rickli, Sie dürften von den jüngsten Vorschlägen der Initianten für staatliche Subventionen ebenfalls nicht sonderlich begeistert gewesen sein.*

**Rickli:** In der Tat. Was man den Initianten aber zugutehalten muss: Nur dank ihnen gibt es jetzt endlich eine Diskussion über die Grösse und die Aufgaben der SRG. Dass sie jetzt einen Vorschlag für einen Plan B bringen, kann man ihnen nicht vorwerfen. Denn eigentlich müsste man das von der SRG erwarten. Es ist doch billig, wenn der SRG-Generaldirektor mit seinem Gehalt von einer halben Million Franken einfach sagt: «Wenn die Initiative angenommen wird, stelle ich 6000 Leute auf die Strasse.» Namentlich im News-Bereich hat die SRG viele gute Mitarbeiter. Ich glaube, das hat eine Zukunft. Ich würde ein «Tagesschau»-Abo kaufen. Die Produktion der «Tagesschau» kostet nur 22 Millionen Franken im Jahr. Bei einem SRG-Budget von 1,6 Milliarden Franken fragt man sich schon: Wo geht der Rest des Geldes hin? Nach einem Ja zur Initiative würde man endlich sehen, was fehlt, was es braucht und was die Leute bezahlen wollen.

**Yanez:** Die Zahlen, die Sie hier für die «Tagesschau» nennen, basieren auf den direkten Kosten, die heute anfallen. Die Sendung kann heute aber auf SRF-Korrespondenten zurückgreifen, auf die ganze Infrastruktur, auf HR-Dienste und so weiter. Wenn die «Tagesschau» das alles selber tragen müsste, käme alles viel teurer. Es gibt weltweit kein einziges Informationsangebot, das über Bezahlmodelle funktioniert.

*Was halten Sie vom Vorschlag der Initianten, die Kantone sollten einzelne Sendungen finanzieren?*

**Yanez:** Dazu gibt es nicht einmal eine Verfassungsgrundlage, die Kompetenz dafür liegt heute einzig beim Bund!

**Rickli:** Wenn einzelne Kantone Sendungen subventionieren wollen, könnten sie eine Verfassungsgrundlage schaffen – etwa der Kanton Graubünden, wenn er rätoromanische Sendungen unterstützen will. Und die Kulturbudgets sind gross

«Das alles soll Service public sein? Das ist doch ein Witz!»

Natalie Rickli  
SVP-Nationalrätin

heute. Aber es ist klar: Bei einem Ja hat der Bund nichts mehr zu subventionieren, da bin ich anderer Meinung als der Gewerbeverband, der diesen Ausweg offen lassen will.

*Herr Yanez, wäre es nicht Aufgabe der SRG gewesen, hinzustehen und zu sagen: Das ist unser Plan B, falls die Initiative angenommen wird?*

**Yanez:** Selbstverständlich. Aber eine Finanzierung auf dem freien Markt ist schlicht nicht möglich, das hat nichts mit dem Willen oder der fehlenden Innovationskraft der SRG-Führung zu tun! Die No-Billag-Initiative ist derart radikal und klar formuliert, dass 75 Prozent der Einnahmen der SRG gestrichen werden. Und nochmals: Mit einem Schrumpfprogramm werden auch die restlichen 25 Prozent aus Werbeeinnahmen schmelzen, womit die SRG am Ende 80 bis 90 Prozent ihres Budgets verliert.

**Rickli:** Das Problem ist doch: Wenn es der SRG jemals ernst gewesen wäre mit Reformen, hätte sie freiwillig die Kosten gesenkt und gesagt: Wir verzichten künftig auf die dritten Kanäle und auf andere Angebote. Stattdessen wurde immer ausgebaut. Ich bin seit zehn Jahren im Parlament und habe immer wieder eine liberalere Medienpolitik gefordert. Wissen Sie, wie viele Vorstösse von unserer Seite abgelehnt worden sind? Die SRG betreibt heute 7 Fernsehsender, 17 Radio-

## Die SRG-Kritikerin

lsc. · Natalie Rickli, 41, war Winterthurer Gemeinde- und Zürcher Kantonsrätin, bevor sie 2007 die Wahl in den Nationalrat schaffte. Die Kauffrau gehört schon lange zu den Kritikern der SRG, nicht aber zu den No-Billag-Initianten: Rickli wäre es lieber gewesen, das Parlament hätte einen Gegenvorschlag zur Halbierung der Gebühren lanciert. Da sich diese Hoffnung zerschlagen hat, empfiehlt sie nun ein Ja. Rickli ist seit dem 1. Januar selbständige Kommunikationsberaterin; zuvor war sie Kader des Werbevermarkters Goldbach Media.

## Der SRG-Verteidiger

lsc. · Diego Yanez, 59, ist in Spanien geboren und im Kanton Solothurn aufgewachsen. 1986 stieg der Betriebsökonom in den (Print-)Journalismus ein, indem er die Leitung der Luzerner Redaktion des «Neuen Sonntagsblatts» übernahm – eines kurzlebigen Sonntagszeitungs-Projekts. Von 1989 bis 2014 arbeitete Yanez als Reporter, Bundeshauskorrespondent und SRF-Chefredaktor für die SRG. Heute ist er Direktor der Schweizer Journalistenschule MAZ und Vorstand des Komitees «Sendeschluss Nein», das gegen die No-Billag-Initiative kämpft.